

KALKARGROSCHEN



Noch in diesem Sommer kann es dazu kommen, daß die letzte Teilerrichtungsgenehmigung für den Wahnsinnsbrüter in Kalkar erteilt wird. Dann sind Tür und Tor geöffnet für eine Technologie, die uns alle in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus das Leben kosten kann. Obwohl in unserem Grundgesetz das Recht auf Leben für uns alle verankert ist und obwohl von niemandem bestritten werden kann, daß bei einem schweren Unfall in Kalkar große Teile Westeuropas auf ewig für Menschen unbewohnbar sein werden, hält die heimliche Allparteienkoalition der vergreisten Männer und der alten Parteien an ihrem infantilen Kinderglauben fest, ein Unfall sei praktisch nicht möglich. Ebenso wie sie bei der derzeitigen Aufrüstung – sei es aus naivem Amerikaglauben oder sei es aus Leichtsinns oder um persönlicher Vorteile willen – unserer Bevölkerung weiszumachen versuchen, das Spiel mit dem Feuer sei notwendig um unserer Sicherheit willen, so tischen sie uns auch immer noch die Märchen der Atomindustrie auf:

Glaubt man der Atompropaganda der etablierten Parteien, so ist der Atomstrom

billig. In der Realität aber wird der Atomstrom der teuerste Strom aller Zeiten werden, nahezu unbezahlbar für die künftigen Generationen, die den Atommüll Millionen von Jahren bewachen und verwahren müssen: eine Sorge ohne Ende – von den etablierten Parteien in lügnerischer Absicht „Entsorgung“ genannt.

Glaubt man der gängigen Atompropaganda, dann sind Atomkraftwerke ein großes Geschäft. In der Realität aber hat sogar die Atomindustrie mittlerweile so wenig Vertrauen in diese Technik, daß sie nicht einmal mehr bereit ist, 10 Prozent der Investitionskosten für den Schnellen Brüter zu übernehmen. Der Steuerzahler bringt die Investitionen auf, und die Atomindustrie saht ab – das ist das Kalkül der Konzerne. Die Politiker, die sich für so einen Betrug am Steuerzahler mißbrauchen lassen, sind nicht einen Bruchteil der Diäten wert, die sie sich selbst ständig genehmigen.

Glaubt man der Atompropaganda, dann haben wir ohne Atomkraft eine Energielücke. Dabei pfeifen es mittlerweile die Spatzen von den Dächern, daß wir neuerdings eine Stromhalde haben. Die Energielücke entpuppt sich als das,

was sie von Anfang an war: als Energielücke.

Glaubt man der Atompropaganda, dann schaffen Atomkraftwerke angeblich Arbeitsplätze. Dabei ist jedem, der es wissen will, bekannt, daß in einem Atomkraftwerk wegen des hohen Grades an Automatisierung gegenüber konventionellen Kraftwerken Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Das Atomprogramm vergrößert die Arbeitslosigkeit. Alternativenergien und dezentrale Blockheiz-Kohlekraftwerke würden dagegen in Verbindung mit regionalen Fernwärmenetzen Hunderttausende neuer Arbeitsplätze schaffen und unsere heimische Kohle sinnvoll nutzen.

Aus diesen und vielen anderen Gründen, die wir schon häufig geäußert haben und hier nicht alle wiederholen wollen, werden DIE GRÜNEN in NRW mit allen Mitteln der Phantasie und der Gewaltlosigkeit gegen dieses Wahnsinnsprojekt kämpfen, und wir sind sicher, daß die Millionen Menschen, die für das Leben und für die Vernunft eintreten, letztlich gegenüber der kleinen Clique von Geschäftemachern und infantilen alten Politikern die Oberhand gewinnen werden.

Kalkargroschen? – Ohne uns!

Es ist noch nicht ganz Ostern, da hat die Atomlobby um den Schnellen Brüter ein neues Ei ausgebrütet. Pünktlich zu Beginn des neuen Jahres wurden den 3,3 Millionen Tarifkunden des Strommultis die Strompreise erhöht. Hauptbegründung: Die einst als ach so billig gepriesene Kernenergie habe auf die Preise gedrückt.

Aus zwei Gründen ist diese neue Tarifgestaltung für uns interessant:

– Es ist die 4. (!) Strompreiserhöhung in knapp zwei Jahren (Gesamterhöhung knapp 25 Prozent), und vor allem – erstmals sind ausdrücklich Kostenanteile für Entwicklungsarbeiten am Schnellen Brüter einbezogen worden.

Schon seit langem ist der Schnelle Brüter (SB) wegen seiner Finanzierungsprobleme in den Schlagzeilen. Die Kosten für den SB wurden anfangs auf 1,7 Milliarden DM geschätzt, heute geht man von 5,4 Milliarden DM aus, wobei allerdings nur die Baukosten berechnet sind. Durch Brennelementherstellung usw. werden die Kosten bis zur Inbetriebnahme auf voraussichtlich 10 Milliarden DM steigen. Gerechterweise muß man aber noch 3,5 Milliarden DM bisherige Forschungskosten und weitere rund 10 Milliarden DM für die notwendige Wiederaufbereitungsanlage hinzurechnen.

Das bedeutet:

Allein für den Versuchsreaktor in Kalkar zahlt jeder Steuerzahler rund 1000 DM!

Mit der gleichen Summe könnte man ca. 3 Millionen Wohnungseinheiten mit Sonnenkollektoren und Wärmepumpenkombination ausrüsten!

Frage: Wie viele Arbeitsplätze könnte man damit schaffen?!!

Die Atomlobby plant den großen Coup!

Bisher wurde der SB zu 92 Prozent aus Steuermitteln bezahlt. Im letzten Jahr hat der Bundesforschungsminister Andreas von Bülow verstärkt versucht, die Energieversorgungsunternehmen (EVUs) zur Finanzierung heranzuziehen – an sich nur gerecht, wenn man bedenkt, daß diese Privatfirmen später einmal den wirtschaftlichen Nutzen aus der Plutoniumwirtschaft ziehen wollen. Unter der positiven Oberfläche scheint allerdings die Atomlobby hier einen großen Coup landen zu wollen.

An die stärkere Finanzbeteiligung haben die EVUs nämlich drei dicke Bedingungen geknüpft:

1. die Betriebsgenehmigung für den Schnellen Brüter,
2. Unterstützung bei der Weiter-

entwicklung der Leichtwasser-Reaktorlinie und

3. die schnelle Klärung der Entsorgungsfrage!

Praktisch würde dies bedeuten: grünes Licht für die Fahrt in die Plutoniumwirtschaft, und zwar mit Volldampf!

Ein Erfolg scheint fast sicher. Nachdem RWE und Nordwestdeutsche Kraftwerke schon Ende letzten Jahres zus. 547 Millionen DM zugesagt haben, zeichnet sich nach letzten Meldungen nun auch die Beteiligung der süddeutschen Energieversorgungsunternehmen ab. Damit wird die Situation für uns recht prekär!

Die Lage um den Schnellen Brüter

Auch in bezug auf den Schnellen Brüter spitzt sich die Lage zu. In kürzester Zeit stehen wichtige Entscheidungen an:

1. Die 5. und letzte (!) Teilerrichtungsgenehmigung wird noch in diesem Frühjahr erwartet,

2. die Arbeit der Kritikergruppe in der Enquête-Kommission zu den Risiken des SB ist total hintertrieben worden, die gesamte Kommission wird unter Druck gesetzt, sich brüterpositiv zu entscheiden,

3. im Bundestag soll noch im Sommer eine politische Entscheidung für den Brüter herbeigeführt werden.

Die Zeit drängt zum Handeln.

Was ist zu tun?

Stromgeldteilzahlungsboykott

Ab sofort sammeln wir Bereitschaftserklärungen von Stromkunden, die die Kalkar-Sonderabgabe nicht bezahlen wollen. Das Geld soll auf ein Zentralkonto gesammelt und der Nutzung umweltfreundlicher Energie zugeführt werden.

Strobo – Neue Chancen und Perspektiven

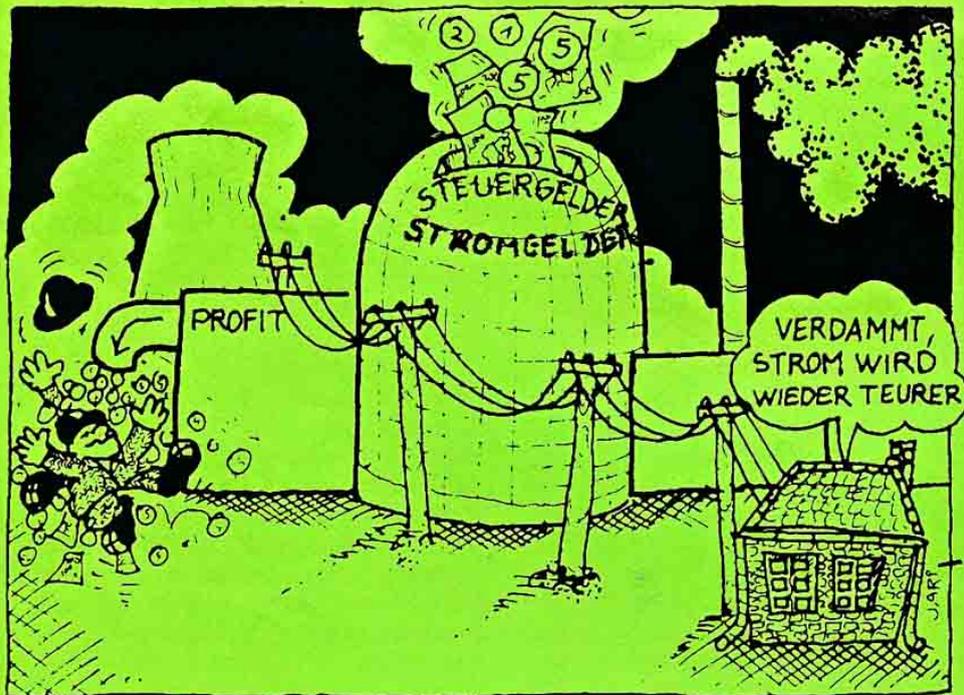
Es müssen mehr Haushalte als bisher beim Strobo erreicht werden. Dies scheint möglich, weil a) das Prinzip der Aktion von Strobo her bekannt ist, b) es sich bei der Aktion um kleinere Beträge handelt, die c) genau zweckbestimmt für ein bestimmtes Projekt (Kalkar), also nicht abstrakt verweigert werden.

Die Aktion läuft ab sofort an!

1. Wir brauchen unbedingt Leute, die beim Stromzahlungsboykott mitmachen. Bitte schickt die Bereitschaftserklärung an uns ab.

2. Gründet örtliche Strobo-Gruppen zur Unterstützung des Projekts!

3. Organisiert Veranstaltungen über die Strobo-Aktion. Referenten (1 Kalkar-Experte, 1 Strobo-Experte, 1 Rechtsanwalt + Fernseh-Video-Film über die Dortmunder Strobo-Aktion) können über uns vermittelt werden; nennt uns Ort und Zeitpunkt!



RWE schlägt bei Strom auf

7,2 Prozent mehr bezahlen

spi DÜSSELDORF. Alle drei Millionen Kunden des größten deutschen Stromproduzenten, der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG, Essen, müssen ab 1. Januar 7,2 Prozent mehr für den Strom bezahlen. Diesem Erhöhungsantrag hat das nordrhein-westfälische Wirt-

schaftsministerium zugestimmt. Betroffen sind sowohl die Direktbezieher in Haushalt und Gewerbe wie auch die Kunden, deren zuständige Versorgungsbetriebe Energie von RWE beziehen. Dieses versorgt zu rund 40 Prozent das gesamte öffentliche Netz, das große Teile von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Bayern und Teile Niedersachsens erfaßt. Das RWE

hatte die Erhöhung mit Kostensteigerungen im Jahre 1981 von 70 Millionen Mark vor allem bei Brennstoffen begründet. NRW-Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen sagte, mit der Genehmigung würden auch Kosten anerkannt, die durch die Beteiligung am Schnellen Brüter in Kalkar wie beim Hochtemperatur-Reaktor in Hamm anfallen. FR 19.12.81

Der Koloß von Kalkar

SPIEGEL-Redakteur Werner Meyer-Larsen über den Aberwitz der totalen Atomwirtschaft
DER SPIEGEL Nr. 43/1981

Die Idee

Die Buchstaben-Kombination SNR bedeutet Schneller Natriumgekühlter Reaktor, die Zahl 300 steht für die Stromerzeugungskapazität von 300 Megawatt: Mit dem flüssigen Metall Natrium wird die Reaktorhitze auf Erzeuger von Wasserdampf übertragen. Der Dampf treibt dann normale Generatoren zur Strom-Erzeugung an. Der Schnelle Brüter, so liest es sich in der Nukleartheorie, wird mit seiner ersten Ladung Kernbrennstoff irgendwann mehr spaltbares Material in Form von Plutonium „erbrüten“, als er selbst für die Stromerzeugung braucht.

Der Brüter SNR 300 soll mithin, nimmt man die Weltgeschichte für etwas weniger als unendlich, das sagenhafte Perpetuum mobile abgeben, den alten, unerfüllbaren Menschheitstraum.

Das Ding ohne Grenzen soll, einmal in Betrieb gesetzt, einen zweiten Brüter mit Kernbrennstoff versorgen und diese beiden dann wieder die nächsten. Ein Geist aus der Flasche also, ein originärer Schöpfungsakt – nicht mehr nur ein Perpetuum mobile, sondern auch noch ein Apparat, der die Energie in Form einer geometrischen Reihe vermehrt?

Die Wirklichkeit

Wenn es soweit ist, wird die Plutonium-Verdoppelungszeit auch in den modernsten Brütern 50 Jahre betragen. Da ein Atomreaktor indes nur 20 bis 25 Jahre arbeiten kann, drohen die Brüter-Experimente das ganze strategische Konzept der Atom-Partei in Frage zu stellen: Wenn während der Lebenszeit eines Brüters kein zweiter versorgt werden kann, wird das System unwirtschaftlich. Ehe es weltweit läuft, würden Jahrhunderte vergehen.



Verweigert den KALKARGROSCHEN!

Im Kalkar-Brüter schließlich, so die neuesten Erkenntnisse, ist die Brüterrate dermaßen niedrig, daß die Verdoppelungsrate unendlich wird. Unendlichkeit gibt es aber nur in der Theologie und der Mathematik.

Absurd ist denn auch die gesamte weltweite Brüter-Strategie – zumindest, wenn die von ihren Erfindern ausgeplauderten Zahlen stimmen.

So errechnet der Brüter-Guro Wolf Häfele für das Jahr 2030 einen „Bedarf“ von 5000 Leichtwasser-Reaktoren der 1300 Megawatt-Klasse, die Schritt für Schritt von Brut-Reaktoren abgelöst werden.



„Man muß nicht unbedingt grün sein, um rot zu sehen und sich schwarz und blau zu ärgern!“

Als Uran-Reserve hat Häfele die nirgends bewiesene Zahl von 20 Millionen Tonnen (drei Millionen Tonnen sind nachgewiesen) zur „Arbeitshypothese“ ernannt. Jede niedrigere Zahl nämlich hätte den Übergang von den verschwenderischen Leichtwasser-Reaktoren zum Brüter-Konzept von vornherein in Frage gestellt.

Zu den Kernkraftwerken, deren Zahl laut Häfele nach dem Jahre 2030 noch um weitere 10.000 erhöht werden müsse, um das Öl zu ersetzen, kommen noch 50 Brennelemente-Fabriken, 50 Wiederaufarbeitungsanlagen, für deren Strombedarf nach französischem Muster jeweils allein vier Kernkraftwerke nötig sind, 300 Zwischenlager und 50 Endlager für das bescheidene 200.000 Jahre lang strahlende Material.

Der Kostenaufwand wird von dem Atom-Professor mit 40.000 Milliarden Dollar beziffert, eine Vier mit 13 Nullen. Das ist viermal soviel wie der Wert des gesamten Produktivvermögens der gegenwärtigen Welt. Mit diesem Aufwand werden dann nach Häfeles Atom-Staat-Konzept aber nur lächerliche 25 Prozent der Energieversorgung bestritten.

Die Kosten-Nutzen-Rechnung muß da reichen, müßte die Menschheit eine so gigantische Spar- und Investitionsleistung bringen, daß der Konsum drastisch zurückgehen würde. Doch wenn der Konsum zurückgeht, reduziert sich automa-

tisch der Strombedarf des Konsumenten. Die Brüter wären dann gar nicht mehr nötig, es sei denn, zum Vollzug der Eigen-dynamik ihres Systems.

Absurd ist ein Brüterkonzept solcher Dimensionen noch aus einem anderen

Grund: Die Brutreaktoren benötigen wegen des ständigen Neutronenbeschusses ihrer Kernteile die hochwertigsten Metall-Legierungen in riesenhafter Menge.

Diese an sich schon knappen Legierungen können außerhalb der Atomwirt-

Hamburg
hat den höchsten Anteil an
Atomstrom . . .
. . . und die höchsten Strompreise
in Deutschland!

schaft durch stetes Umschmelzen gestreckt werden (Recycling). Sowie sie aber aus dem Reaktorkern kommen, sind sie als extrem strahlendes Material für viele tausend Jahre dem Recycling entzogen.

Die totale Brüterwirtschaft muß also an der Grenze der Metallvorräte scheitern. . .

Edward Teller, „Vater“ der Wasserstoff-Bombe, drängt denn auch konsequent zum Ausstieg aus der Brüter-Technik: „Jeder vernünftige Mensch müßte den Brüter stoppen, bevor der erste ernsthaft anläuft.“

Die Verbraucher:
7,2 Prozent mehr bezahlen . . .

Die Stromkapitalisten:
16 Prozent mehr verdienen!

Erfahrungen mit "Strobo" in Deutschland: "Keine Mark für AKW"

Vorläufer der "Kalkargroschen-Aktion" war eine Stromgeldverweigerung, die pauschal 10 Prozent der Stromrechnung einbehält. (Der Anteil des Atomstroms an der Gesamtstromerzeugung beträgt ca. 10 Prozent). Insgesamt beteiligten sich an den Aktionen rund 4000 Haushalte aus 83 Städten der BRD.

Die Reaktion der Energieversorgungsunternehmen auf die Stromgeldverweigerung war nicht einheitlich.

Im "Normalfall" ergab sich folgende Maßnahmenkette:

1. Dem Verweigerer wurde zunächst eine Rechnung über den nachzuzahlenden Differenzbetrag geschickt.
2. Bei Nichtreaktion erfolgte darauf ein Zahlschein, der gleichzeitig als erste Mahnung galt.
3. Wenn der Strobo-Teilnehmer darauf immer noch nicht reagierte, bekam er eine zweite Mahnung, in der gleichzeitig angekündigt wurde, daß er damit rechnen müßte, daß in Zukunft die Stromlieferung eingestellt würde.

Zum Zeitpunkt, wann die Stromversorger ihre ersten Mahnungen verschicken, kann bis jetzt keine allgemeingültige Linie festgestellt werden. In Dortmund flatterten den Strobo-Leuten nach ca. 4 Wochen die ersten Mahnungen ins Haus. Die VEW reagierte also relativ prompt. In Essen wartete die RWE, bis der nachzuzahlende Rechnungsbetrag die Höhe von ca. einem Monatspauschale erreicht hatte. Die ersten Mahnungen kamen hier erst nach rund 10 bis 12 Monaten. Auch in Krefeld reagierte die RWE recht lasch. Eine Androhung der Stromsperre erfolgte hier erst nach der 5. bis 6. Mahnung.

Einer Androhung auf Einstellung der Stromlieferung kann man auf folgender Weise begegnen: man geht (am besten mit einem Rechtsanwalt) zum Amtsgericht und erwirkt dort eine sog. "einstweilige Verfügung" gegen die angedrohte Stromsperre. In einem Schnellverfahren (1-3 Stunden) kann dann der Richter die Maßnahme der RWE stoppen.

Der Zugriff auf den Zähler des Stromkunden ist für die RWE nicht gerade einfach. Leute, die ihren Zähler in der Wohnung haben, brauchen der RWE nämlich keinen Zutritt gewähren. Verschaffen sich die RWE-Handlanger gewaltsam Zutritt, machen sie sich wegen "Hausfriedensbruch" strafbar. In der Regel werden die RWE-Angestellten wenig Lust auf einen solchen Prozeß haben.

Der Teilnehmer der Stromgeldverweigerung kann in jeder Phase des Strobo abspringen. Der Zeitpunkt bleibt ihm überlassen. Sobald er der RWE die ausstehende Stromrechnung nachgezahlt hat, gilt die Sache als ausgestanden da der Stromkunde seinen vertraglich Verpflichtungen ja dann nachgekommen ist.

Selbst wenn die RWE-Arbeiter schon mit der Kneifzange in der Hand vor der Türe steht, um den Strom abzustellen, ist die Sache problemlos. Die RWE ist in jedem Falle verpflichtet, ihre Ware (=Strom) noch einmal anzubieten. Sobald der angemahnte Betrag nachgezahlt ist, ist die Sache wieder o.k. Theoretisch könnte man einen Rechtsstreit mit der RWE also auch noch verhindern, wenn man 5 Minuten vor dem anberaumten Gerichtstermin seine Gröschelchen nachzahlt.

Wichtig zu wissen: Rechtlich gesehen handelt es sich bei den Auseinandersetzungen zwischen RWE und Stromkunde um einen Streit zwischen Geschäftspartnern. Es handelt sich also nicht um einen Straf-, sondern einen Zivilprozeß. Deshalb kann man bei einem verlorenen Prozeß auch nicht bestraft werden. Man wird lediglich gezwungen, den einbehaltenen Betrag nachzuzahlen. Die Zuständigkeit des Zivilgerichts hat bedeutende Folgen. Selbst bei einem verlorenen Prozeß gilt man nicht als vorbestraft, da Zivilprozesse nicht ins Strafregister eingetragen werden.

Fazit: Die Stromgeldverweigerung ist eine gewaltfreie Aktion des Zivilen Ungehorsams. Ziel ist, mittels begrenzter Regelverletzungen mit dem RWE und der Öffentlichkeit in eine inhaltliche Diskussion über die Gefahren der Atomenergie und speziell des Schnellen Brütters zu kommen. Warum sollten wir - gegen unser Gewissen - für etwas bezahlen, daß wir als tödliche Bedrohung ansehen?

Finanzen

Sonderkonto "Kalkargroscher"
Thomas Velten 2802 56-430
Postscheckkonto Essen
BLZ 360 100 43

Name:

Datum:

Anschrift:

Kundennummer:

An

Stromgeldteilzahlungsboykott

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit kündige ich die Ihnen erteilte Einzugsermächtigung.

Ich beteilige mich an der Aktion „Kalkargroschen – ohne uns!“ und werde Ihnen den für die Finanzierung des Schnellen Brüters in Kalkar auf die Stromrechnung aufgeschlagenen Anteil nicht überweisen. Den einbehaltenen Betrag werde ich auf einem Konto hinterlegen, dessen Gelder der Förderung umweltfreundlicher Energiequellen dienen.

Meine Gründe für dieses Vorgehen:

Die Nutzung des Schnellen Brüters stellt ein derartiges Risiko für Menschheit und Natur dar, daß ich seine Inbetriebnahme nicht mit meinem Gewissen vereinbaren kann. Sein ökonomischer Nutzen ist zweifelhaft. Er wirft politische und militärische Gefahren auf.

1. Grundrechte: Die Rechte auf Leben, Unversehrtheit und ungeschmälertes Eigentum an Tieren und Pflanzen (Art. 2 Abs. 2 und 14 GG) werden beeinträchtigt.
2. Strahlenbelastung: Auch bei Normalbetrieb gibt ein Atomkraftwerk radioaktive Stoffe in die Umwelt ab. Diese reichern sich über die Nahrungskette (z. B. Gras-Kuh-Milch-Pfad) im menschlichen Körper an.
3. Atommüllagerung: Die Lagerung und Beseitigung des Atommülls sind völlig ungelöst.
4. Durch menschliches und technisches Versagen, Naturkatastrophen, Flugzeugabstürze, Gasexplosionen, äußere Einwirkungen wie Krieg, Sabotage etc. treten Gefahren auf, die die obengenannten Gefahren des Normalbetriebes bei weitem übertreffen. Diese können durch die geplanten Sicherheitsmaßnahmen keineswegs beherrscht werden.
5. Strombedarf: 1981 stieg der Strombedarf im Versorgungsgebiet der RWE nur um 1,7%. Es ist nicht zu erwarten, daß der Strombedarf in den nächsten Jahren ansteigen wird.
6. Atomkatastrophenschutz: Im Falle einer Atomkatastrophe existieren keine hinreichenden Schutz- und Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung.

Sie werden verstehen, daß ich eine Finanzierung des Schnellen Brüters deshalb ablehnen muß.

Mit freundlichem Gruß

An Landesgeschäftsstelle DIE GRÜNEN, Oberbilker Allee 17, 4000 Düsseldorf

Benachrichtigung

Ich beteilige mich seit dem 1982 an der StroBo-Aktion „Kalkargroschen – ohne uns!“

Name Vorname Telefon

Straße Ort